

Wir drucken den Bericht von Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Bundestag über ihre Aktion vor der Air Base Ramstein nach und kommentieren die Aktion.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 116/15 – 24.06.15

Von Ramstein soll kein Mord mehr ausgehen

Sevim Dagdelen, Alexander Ulrich, Sahra Wagenknecht

17.06.2015

(<http://www.linksfraktion.de/nachrichten/ramstein-soll-kein-mord-mehr-ausgehen/>)



Screenshot aus <http://swrmediathek.de/player.htm?show=82305760-1391-11e5-a3b5-0026b975f2e6>

Sahra Wagenknecht sprach am 15. Juni 2015 vor dem Eingangstor der US Base Ramstein zu Mitgliedern der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und Aktiven, die ein Transparent halten mit der Aufschrift "Ramstein: Von hier geht Mord aus!"

“US-Drohnenmorde beenden! Ramstein schließen!” Unter diesem Motto demonstrierten am Montag Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE gemeinsam mit über etwa hundert Mitgliedern der regionalen Friedensbewegung für die Schließung der Air Base Ramstein. Sahra Wagenknecht, Erste stellvertretende Fraktionsvorsitzende, forderte angesichts der Berichte über eine Relaisstation für Kampfdrohnen in Ramstein, mit deren Hilfe die USA im Jemen, in Afghanistan und Pakistan auch viele Zivilisten töteten, die Bundesregierung auf, dieser mörderischen Praxis ein Ende zu setzen. Es ginge darum, dem Grundgesetz auch in Ramstein Geltung zu verschaffen.

Außerdem müsse mit einem Konversionsprogramm dafür gesorgt werden, dass die Schließung der US Air Base, die auch für völkerrechtswidrige Kriege und CIA-Folterflüge genutzt wurde, für alle Menschen zu einem Gewinn werde, so der rheinland-pfälzische Abgeordnete Alexander Ulrich. Dies müsse auch die bisher auf der Air Base Beschäftigten umfassen, wie auch beispielsweise die im Umfeld in der Gastronomie Tätigen.

Im Anschluss versuchten die Bundestagsabgeordneten der Linksfraktion, die US-Basis zu besichtigen. Dies wurde ihnen jedoch trotz Voranmeldung verwehrt. Die Sprecherin für Internationale Beziehungen, Sevim Dagdelen, wies auf den Rechtsbruch der US-Administration hin: “Wir wurden brüsk zurückgewiesen, obwohl wir auf deutschem Territorium ein Recht darauf haben, die Air Base in Augenschein zu nehmen.” Es müsse in Zukunft darum

gehen, Ramstein als Drehscheibe der US-Drohnenmorde stillzulegen und dem Grundgesetz auch hier Geltung zu verschaffen.

Laut einer Studie des australischen Instituts für Ökonomie und Frieden sind im Jahr 2014 weltweit 200.000 Menschen durch Kriege und Terroranschläge getötet und mehr als 50 Millionen Menschen in die Flucht getrieben worden. Die unmittelbaren und die Folgekosten der Kriege 2014 belaufen sich auf wahnsinnige 14,3 Billionen US-Dollar. Zum Vergleich: Das Bruttoinlandsprodukt in der gesamten EU betrug im Vorjahr 14,7 Billionen US-Dollar. Krieg und Terror unserer Zeit sind demnach genauso zu einer zivilisatorischen Bedrohung geworden wie der Klimawandel. Wollen sich die Regierenden dieser Welt wirklich durch Unterlassung an der kollektiven Selbstzerstörung unserer Menschheit mitschuldig machen? Wo bleiben die konfliktvorbeugenden Initiativen? Wo bleiben die Initiativen zur wirtschaftlichen Angleichung, um die ökonomischen Ursachen für Kriege zu überwinden? Wann endlich wird wenigstens die Rüstungsindustrie verstaatlicht, damit mit Krieg nicht so viel Profit gemacht wird?

Unser Kommentar

Es war wichtig und ist zu begrüßen, dass Abgeordnete der Bundestagsfraktion DIE LINKE so öffentlichkeitswirksam auf die zentrale Rolle der US Air Base Ramstein im völkerrechts- und verfassungswidrigen Drohnen-Krieg der USA hingewiesen haben; sogar das regionale Monopolblatt DIE RHEINPFALZ (am 16.06.15) und das SWR-Fernsehen (s. Link unter dem Screenshot) haben ausführlich darüber berichtet.

Damit hat DIE LINKE als erste und bisher einzige im Bundestag vertretene Partei die mit dem Ramsteiner Appell (s. <http://ramsteiner-appell.de/>) erhobene Forderung aufgegriffen, "die Nutzung von Militärbasen auf unserem Territorium und die Einbeziehung des Luftraums über der Bundesrepublik zur Vorbereitung und Führung von völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Angriffskriegen" zu unterbinden.

DIE LINKE sollte sich aber nicht mit dieser einen Aktion begnügen, sondern darauf bestehen, dass Bundestagsabgeordnete aller Parteien ungehinderten Zugang zu allen Bundesliegenschaften, also auch zur Air Base Ramstein und anderen US-Militäranlagen (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP20714_291214.pdf) auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland, haben müssen, um sich vor Ort direkte Einblicke in das – völkerrechts- und verfassungswidrige – Treiben der US-Stationierungstreitkräfte verschaffen zu können. Die Bundeswehr darf nur mit Zustimmung des Bundestages im Ausland eingesetzt werden. Analog müssten die Abgeordneten des Bundestages also eigentlich auch darüber befinden können, welche militärischen Handlungen ausländische Streitkräfte von Basen in der Bundesrepublik Deutschland aus vornehmen dürfen.

Wir halten das Problem des ungehinderten Zugangs von Bundestagsabgeordneten zu allen Bundesliegenschaften für so bedeutsam, dass sich der Bundestag und der Präsident des Deutschen Bundestages (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Pr%C3%A4sident_des_Deutschen_Bundestages) unbedingt damit befassen und das Zugangsrecht notfalls gerichtlich durchsetzen müssen. Es gibt also noch viel zu tun.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern